

---

# „Und es war Sommer – Das Jahr 1968 in der DDR“

Dieter Althaus

Dass „1968“ nach vierzig Jahren größeres öffentliches Interesse erfährt als zum 30. Jubiläum ist nicht erstaunlich. Die „68er gehen in Rente“<sup>1</sup> und wollen nun Bilanz ziehen – das steigert das Interesse an den Geschehnissen vor vier Jahrzehnten. Rudi Dutschke prägte den Begriff vom „Marsch durch die Institutionen“, der den Protagonisten von damals geglückt ist: Heute gehört ein Großteil von ihnen zu den meinungsführenden Zeitgenossen. Sie kokettieren mit ihrem Revoluzzer-Image und nutzen das Jubiläumsjahr zu Lobesfeiern, zur nostalgisch-verklärenden Rückschau und zur Selbstvergewisserung, auf der „richtigen“ Seite gekämpft zu haben. Erfreulicherweise mischen sich auch kritisch-distanzierte Stimmen in diesen Chor. So vertritt der Historiker Götz Aly zum Beispiel die These, Deutschland sei nicht wegen, sondern trotz „68“ besser geworden – und provoziert damit. Oder der Soziologe Manfred Wilke: Er kritisiert zu Recht die Ignoranz der West-68er für ihre Landsleute im Osten und deren Schicksal.<sup>2</sup> „Es darf keine Sprechverbote über die Vergangenheit geben“, hat Angela Merkel treffend gefordert. Achtzehn Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung ist es allerhöchste Zeit, endlich an einem gesamtdeutschen Geschichtsbild über „1968“ zu arbeiten. Eine vergleichende Perspektive der Ereignisse dieses Jahres in Ost und West, die verschiedene Hintergründe, die Folgen und die Protagonisten in den Blick nimmt, tut Not. Dabei sollten wir darauf Acht geben, dass keiner die Meinungsführerschaft über die

Geschehnisse 1968 an sich reißt. Das liefe jeder demokratischen Streitkultur zuwider – Demokratie lebt von Meinungsvielfalt.

Als Thüringer Ministerpräsident, der im Eichsfeld aufgewachsen ist, ist meine Sicht auf den Sommer 1968 eine spezifisch ostdeutsche. Ich habe kaum Erinnerungen an den politischen Sommer 1968, denn ich war damals erst zehn Jahre alt – und damit viel zu jung. Vieles, was ich trotzdem aus dieser Zeit weiß, habe ich von meinen Eltern gehört, von älteren Familienmitgliedern, Menschen aus meiner Kirchengemeinde in Heiligenstadt im thüringischen Eichsfeld und der katholischen Studentengemeinde in Erfurt. Durch sie habe ich mich, verhältnismäßig früh, mit dem Jahr 1968 auseinandergesetzt – und ausschließlich durch sie, denn offiziell waren die Erinnerungen an 1968, die Gespräche über diesen Sommer in der DDR bis 1989 ein Tabu. Gott sei Dank gab es Nischen, geschützte Räume, in denen wir die Ereignisse und Folgen des Prager Frühlings kritisch diskutierten – auch Jahre später noch: während meiner Oberstufenzeit, im Religionsunterricht und später dann in der erwähnten katholischen Studentengemeinde. Lange vor dem Ende der DDR war also die Niederschlagung des Prager Frühlings fest in meinem Bewusstsein verankert – als Ausdruck eines gewalttätigen, unter Druck geratenen Unrechtsregimes, das sich durch den Freiheitswillen seiner Bürger bedroht sah und mit Panzern alle Argumente niederwalzte. Gleichzeitig habe ich „1968“ mit Blick auf die Ereignisse im westlichen Teil Deutschlands immer auch als Generationenbegriff verstanden, als gesellschaftlich-kulturelle Zäsur in der deutschen Nachkriegsgeschichte. So ist mein Blick auf dieses Jahr gleichermaßen durch das Geschehen westlich und östlich des Stacheldrahtes geprägt. Dass sich im Jubiläumsjahr das öffentliche Interesse vor allem auf Studentenproteste, Straßenschlachten, Kommunenleben und außerparlamentarische Opposi-

tion konzentriert, macht das Ungleichgewicht in der Wahrnehmung deutlich: Die West-68er dominieren die Erinnerungskultur – Erinnerungen, die in West-Berlin, Hamburg und Frankfurt spielen. Es sind die Bilder von der Blockade des Springer-Verlags, den Protestmärschen gegen den Besuch des persischen Schahs, den Schüssen auf Rudi Dutschke und Benno Ohnesorg, die das 68er-Bild prägen. Was östlich der Elbe geschah, ist für viele Menschen vor allem in den alten Ländern nahezu unbekannt. Der Feuilletonist Wolfgang Schneider hat Recht, wenn er schreibt, dass die zentralen Vorgänge des Jahres 1968 in der damaligen DDR bis heute „im Kalender der Revolution nicht verzeichnet“<sup>3</sup> sind. Diese einseitige Sichtweise blendet die Geschehen in der damaligen DDR, vor allem aber in der ČSSR aus – und verkennt so die epochale Bedeutung des Prager Frühlings als Anfang vom Ende der kommunistischen Diktatur. Die Menschen zwischen Rügen und dem Erzgebirge blicken auf ein eigenes „68“ zurück: Sie haben „1968“ als ein wichtiges, außerordentlich politisches Jahr wahrgenommen, das sie nicht weniger geprägt hat als ihre westdeutschen Landsleute. Es war das Jahr des Prager Frühlings. Erstmals seit der blutigen Niederschlagung des Aufstandes am 17. Juni 1953 hofften die Menschen auf mehr Demokratie, darauf, dass sich die Tür zur Freiheit einen kleinen Spalt öffnet. Und dann walzten sowjetische Panzer auf den Prager Straßen alle Freiheitshoffnungen nieder – und damit die Reformbewegung, die in der DDR für zwei Jahrzehnte zum Stillstand kam. „Die sowjetischen Panzer hatten bewiesen, dass Gewalt stärker ist als Argumente“<sup>4</sup>, schreibt der Historiker Stefan Wolle in seinem Buch über die DDR 1968. Das geschah nicht ohne Widerstand, auch wenn die Proteste in den aktuellen Diskussionen oftmals unterzugehen drohen. Mit dem ostdeutschen 1968 sind weitere Daten untrennbar verbunden: die Kirchensprengungen – Drohsymbole der sozialistischen Herrschafts-

ansprüche – und die Verfassungsänderung. Die SED zwang in diesem Jahr die Menschen, einer zutiefst undemokratischen, freiheitsfeindlichen Verfassung zuzustimmen. 1968 im Osten – das war das Jahr, in dem der Traum von einem Leben in Freiheit und Demokratie für viele starb und sich die Überzeugung durchsetzte: Der Kommunismus ist nicht reformierbar. Eine Einsicht, die viele Menschen in den privaten Rückzug trieb. Für einige war es aber auch ein Jahr des „Jetzt erst recht“. Es war die „Geburtsstunde“ der Bürgerrechtsbewegungen in der DDR. Sie entstanden aus der positiven Erfahrung heraus, dass das kommunistische Herrschaftssystem erschüttert werden kann, dass eine friedliche Transformation vom Kommunismus hin zu einer freien Gesellschaft möglich ist. Über zwanzig Jahre lang blieb der Prager Frühling ein Referenzrahmen für die Hoffnung auf Freiheit und Demokratie. Aber erst als die Sowjetunion als Schutzmacht der sozialistischen Satellitenstaaten nicht mehr zur Verfügung stand, brach sich der Freiheitswillen der Menschen vollständig Bahn: in der friedlichen Revolution im Herbst 1989.

Wer die ostdeutsche Begeisterung für den Prager Frühling verstehen will, muss sich den „ostdeutschen Kalender“ 1968 vergegenwärtigen. Dem Einmarsch der fünf Warschauer-Pakt-Staaten in Prag Ende August waren andere Ereignisse vorausgegangen, die bereits zu Unmut, gelegentlich sogar zu Protesten in der damaligen DDR geführt haben. So fand am 6. April 1968 ein Volksentscheid über die Verfassung statt. Erst knapp zwanzig Jahre nach Staatsgründung sollte sie die Gründungsverfassung ablösen. Diese ausdrücklich sozialistische Verfassung setzte die Führungsrolle der SED auf ein staatsrechtliches Fundament. Der Volksentscheid brachte der SED das gewünschte Ergebnis, denn Zustimmung war Pflicht: 94,49 Prozent Ja-Stimmen.<sup>5</sup> Tatsächlich hatte der Verfassungsentwurf erhebliche Ablehnung erzeugt, womit die Stasi

wohl auch gerechnet hat. Im Rahmen ihrer Geheimaktion „Optimismus“ wurde jeder Protest zusammengetragen, analysiert und bearbeitet.<sup>6</sup> Ein zynischer Euphemismus, der die Menschenverachtung der Spitzelorganisation zum Ausdruck bringt. Ich erinnere mich, dass diese Verfassungsänderung auch in meinem Elternhaus und in der Gemeinde diskutiert worden ist. Vereinzelt haben die Menschen bereits damals den Kern dieser Verfassung erkannt: Sie bestimmte letztlich dem sozialistisch fixierten Staat den sicheren Weg in das politische wie wirtschaftliche Scheitern. Daneben machte die Sprengung der Leipziger Universitätskirche am 30. Mai 1968 viele Menschen unheimlich wütend – eine verheerender Bruch mit der christlich-humanistischen Tradition in Deutschland. Die jahrhundert Jahre alte Paulinerkirche hatte keinen Platz in den Plänen der sozialistischen Plattenbauarchitekten, deshalb ließ die SED sie in Schutt und Asche fallen. Mit der Sprengung verlor nicht nur die evangelische Universitätsgemeinde ihre Kirche, sondern auch rund tausend Mitglieder der katholischen Propsteigemeinde, die hier eine Bleibe gefunden hatten. Die Leipziger Bürger reagierten empört auf diesen Akt der Willkür – mutig entrollten Leipziger Studenten ein Plakat, auf dem sie den Wiederaufbau der Kirche forderten. Mut, den einige mit Haftstrafen bezahlen. Der Protest blieb wirkungslos: Die SED betrieb ihre Politik der Entkirchlichung weiter – drei Wochen später ließ Walter Ulbricht die Ruinen der Garnisonskirche in Potsdam sprengen. An diese entmutigenden Ereignisse schloss sich der Prager Frühling an.

Vielen Menschen saß im Sommer 1968 der 17. Juni 1953 „noch in den Knochen“, wie der Theologe Richard Schröder die Gefühlslage beschreibt.<sup>7</sup> Und auch der Herbst 1956 in Ungarn war vielen in Erinnerung. Es sind diese Erfahrungen der Ohnmacht gegenüber dem Unrechtsregime, die verständlich machen, wie viel Hoffungen die Menschen

in der DDR in die Reformentwicklungen in der ČSSR steckten, wie groß die Sympathie für Alexander Dubček und seine Demokratisierungsbemühungen war. Er verkörperte die positiven Veränderungen, nach denen sich die Menschen in der DDR so sehr sehnten. In der ČSSR durfte offen gesprochen werden: über die fehlende Freiheit, die sowjetische Hegemonie, die wirtschaftlichen Missstände im Land, den Terror der Stalin-Zeit und die Unfähigkeit der kommunistischen Funktionäre, die Probleme zu lösen. Die tschechischen Reformer wollten die ineffektive sozialistische Planwirtschaft modernisieren, mehr Demokratie in die Verwaltung bringen, Meinungsfreiheit schaffen und die Künste aus der Zensur entlassen. Ihr „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ weckte auch in der DDR Hoffnungen auf ein kleines Stück mehr Freiheit. Umso erbitterter machte die SED-Führung gegen die Prager Reformer Front. Walter Ulbricht kritisierte die nachlässige „ideologische Strenge“. In der zunehmenden Westorientierung der Tschechen sah er eine Gefahr für die DDR – unter allen Umständen wollte er verhindern, dass die ČSSR diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik aufnahm, bevor diese ihren Alleinvertretungsanspruch aufgab.<sup>8</sup> Offen stellte sich die SED an die Seite Moskaus. Mehr noch: Die DDR-Führung tat sich als besonders eifriger Partner in der sozialistischen Antireform-Koalition hervor. In den Augen der kommunistischen Machthaber bedeutete die Entwicklung in der ČSSR hin zu Menschlichkeit und Freiheit im Umkehrschluss eine Absage an den Sozialismus. Der von Dubček verkündete „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ hatte ein Mehr an Freiheit verlangt, das den absoluten Machtanspruch der Kommunisten, die Herrschaft über das Denken und die Köpfe der Menschen, grundlegend in Frage stellte – das wussten die Machthaber. Das tschechische Ausscheren aus der Reihe der sozialistischen Bruderländer durfte also nicht sein. Umso mehr Sympathie

brachten die Menschen der tschechischen Regierung und dem tschechischen Volk entgegen. Ich meine allerdings, die Idee des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ wurde nicht von der Mehrheit der DDR-Bevölkerung mitgetragen. Diese Redewendung an sich ist abwegig, „weil sie im Grunde genommen besagt, dass der Sozialismus im Kern unmenschlich ist und man ihm deshalb ein menschliches Antlitz aufdrücken muss“, wie der Historiker Wolfgang Kraushaar treffend feststellt.<sup>9</sup> Die Menschen in der DDR haben diesen Widerspruch wahrgenommen: Ihnen ging es in ihrer Mehrheit nicht um eine Reform des Sozialismus, sondern um eine „wie auch immer sich nennende ‚Gesellschaft mit menschlichem Antlitz‘“<sup>10</sup>. Es ging um mehr Luft zum Atmen, um einen Klecks Farbe im sozialistischen Alltagsgrau. Mit Begeisterung fuhren damals viele meiner Landsleute in die ČSSR in den Urlaub: Prag wurde zum Mekka der DDR-Bevölkerung. Im August 1968 reisten hunderttausende DDR-Bürger in das Nachbarland. Umso traumatischer erlebten die Menschen den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR am 21. August 1968. Besonders der Umstand, dass sich die DDR-Streitkräfte vermeintlich an der Invasion beteiligten, beschämten viele Menschen zutiefst. Tatsächlich belagerten Teile der Nationalen Volksarmee der DDR die tschechische Grenze vom Erzgebirge aus. Die Militäraktion rief Erinnerungen an die deutsche NS-Besetzung 1938 wach: Auf die gegen das Völkerrecht und die tschechische Souveränität verstoßende Besetzung reagierte die Bevölkerung mit Wut und Empörung. Von „Annexion“, „Okkupation“, „Aggression“ oder „Einmischung und Vergewaltigung“ war die Rede.<sup>11</sup> Gleichwohl kam der Einmarsch für viele nicht überraschend. Den meisten Menschen war klar, dass dieses „Experiment“ von außen zerstört wird – es war nur eine Frage der Zeit. Denn die Mehrheit der Menschen in der DDR teilte eine gemeinsame Erfahrung: Trotz der Reform-

erfolge in der ČSSR – eine Symbiose von Sozialismus und Demokratie ist letztlich nicht möglich.

Als die Panzer in Prag einrollten, reagierten die Menschen geschockt. Gleichwohl blieb es auf den ostdeutschen Straßen relativ ruhig. Es gab keine Massenproteste wie zwanzig Jahre später im Herbst 1989 – es war vielmehr ein stiller, verzweifelter, äußerlich unspektakulärer Protest. Die Angst vor dem Staatsapparat war groß, denn jede Auflehnung konnte für den Einzelnen folgenreich und gefährlich sein. Neben Haftstrafen drohte meist immer das berufliche Aus. Trotzdem protestierten Menschen, wenn auch nicht gemeinsam – mit Flugblättern, Losungen an Häuserwänden und Sabotageakten gegen die NVA. Viele DDR-Bürger verweigerten ihre Unterschrift als in den Schulen und Betrieben Zustimmungserklärungen für den Einmarsch verlangt wurden. Gesten des Widerstands mit schlimmen Folgen für die Betroffenen: Über tausend Personen wurden 1968 inhaftiert, allein 383 Strafverfahren wegen „staatsfeindlicher Hetze“ eingeleitet.<sup>12</sup> Die Protestaktionen fanden vor allem in den Städten statt – so auch in Thüringen. In Gotha und Eisenach demonstrierten kleinere Gruppen öffentlich, in Erfurt gab es spontane Protestaktionen von 200 Jugendlichen.<sup>13</sup> Dutzende von ihnen wurden verhaftet, ihre beruflichen Karrieren waren zu Ende, oft bevor sie überhaupt begonnen hatten. In Jena haben mutige Studenten hunderte Flugblätter verteilt. Auch im Eichsfeld, in meiner Heimatstadt Heiligenstadt gab es vereinzelt Proteste.<sup>14</sup> Die Wut und das Ohnmachtgefühl vieler Menschen wurden zusätzlich durch die mangelnde und gezielt falsche Informationspolitik der SED angeheizt. Die DDR-Medienpolitik strotzte vor Verschweigen, Verzerren, Lügen und Hetze. Aber durch die westlichen und tschechischen Medien sowie von Augenzeugen wussten die Menschen, was wirklich geschah. Das konnten auch der Spitzelterror und die Repressionen der Stasi nicht verhindern.

„Die Mauer war nicht allein ein monströses Bauwerk. Sie war die eiserne Klammer, die das SED-System zusammenhielt“, schreibt der Historiker Stefan Wolle. Eine risige Mauer, denn „nur eines war die Mauer nicht. Eine wirkungsvolle Sperre, die den freien Flug der Gedanken behinderte. Niemals gelang es den Machthabern der DDR, eine geistige Quarantäne über ihr Land zu verhängen“.<sup>15</sup> Deshalb konnten die Machthaber auch nicht aufhalten, dass sich die jungen Menschen in der DDR für die gleiche Musik wie ihre Gleichaltrigen in der ganzen Welt begeisterten. Während in Prag die Panzer rollten, schwappte die westliche Jugendkultur über die Mauer: Jimi Hendrix und die Rolling Stones waren auch bei uns große Idole. Das Lebensgefühl der so genannten Beat Generation erfasste alle Jugendliche – ein Lebensgefühl, dem die Jugendlichen im Osten ebenso mit langen Haaren, Parka und Jeanshosen einen rebellischen Ausdruck geben wollten. Das jugendliche Aufbegehren wurde von den SED- und FDJ-Oberen als asozial gebrandmarkt, mit systematischen Disziplinierungs- und Überwachungsmethoden versuchten sie, die Jugendlichen „auf Linie zu bringen“. Wer sich weigerte, kurze Haare zu tragen, dem wurden zwangsweise die Haare geschnitten – an einer Jeanshose konnte sich die berufliche Zukunft entscheiden. Es ging letztlich um sehr kleine Freiheiten, welche die Jugendlichen einforderten. Freiheiten, die das SED-Regime rigoros verwehrte.

Nicht nur die Jugendlichen orientierten sich an den Entwicklungen im westlichen Deutschland – die ganze DDR verfolgte das Geschehen jenseits der Mauer. Das Interesse der Bevölkerung im Osten an den Ereignissen im Westen war zu allen Zeiten ungleich größer als das umgekehrt der Fall war: Hier verfolgte man aufmerksam und interessiert die Entwicklungen in Westdeutschland – vereinzelt über persönliche Begegnungen, vor allem aber über ARD und ZDF, RIAS und den Deutschlandfunk. „Sowohl für die

Machtelite wie für die Bevölkerung der DDR“, beschreibt der Historiker Christoph Kleßmann die Beziehungen von Ost nach West, „bildete die Bundesrepublik stets einen Referenzrahmen“<sup>16</sup>. Deshalb waren die allermeisten DDR-Bürger auch über die 68er-Bewegung in Westdeutschland relativ gut informiert. Allerdings lösten die Tumulte an westdeutschen Universitäten, die Ho-Chi-Minh-Rufe und Mao-Transparente auf breiter Front Kopfschütteln und großes Befremden aus. Jemand hat es einmal überspitzt dargestellt: Viele der DDR-Bürger hatten kein Verständnis für die Revolten gegen den Springer-Verlag – sie wären vielmehr froh gewesen wären, die *Bild*-Zeitung einmal zu lesen. Angela Merkel hat in einem Interview über diese Zeit gesagt: „Mir erschienen die Bundesrepublik, die D-Mark, die Soziale Marktwirtschaft, die Westbindung und die sozialen Sicherungssysteme als ein gut funktionierendes, plurales Gebilde, ein demokratisches, freiheitliches Land. Man musste dieses Land und seine Systeme wirklich nicht bekämpfen, schon gar nicht mit Gewalt.“<sup>17</sup> Eine Sichtweise, die die allermeisten Menschen, die diese Zeit bewusst miterlebten, wohl mit ihr teilen. Die Menschen in der DDR wünschten sich ein geeintes Deutschland – unter marktwirtschaftlichen und demokratischen Vorzeichen. Ein Wunsch, dem die Mehrheit der 68er mit Ignoranz begegnete. Sie genossen die individuelle Freiheit, sie brauchten die Wiedervereinigung nicht. Für sie hatte sich die deutsche Frage spätestens mit den Ostverträgen 1972 erledigt. Nur wenige bekannten sich offen zum Ziel der Wiedervereinigung, die Auffassung der Mehrheit hieß: Die deutsche Nation gibt es nicht mehr, die deutsche Teilung ist ein unumkehrbares Gesetz der Geschichte. Wohl auch wegen dieser Haltung unterstützten die SED-Machthaber Teile der westdeutschen 68er-Bewegung – vor allem über die FDJ suchte man den Kontakt. In Ost-Berlin hoffte man so, die bundesdeutsche Demokratie zu schwächen.

Der Sommer 1968 gehört zu den wenigen Momenten in den vier Jahrzehnten DDR-Geschichte, in denen die Menschen voller Hoffnung darauf waren, dass sozialistische System würde von innen heraus aufbrechen. Tatsächlich hat es noch zwei Jahrzehnte gedauert, bis die Zeit gekommen war. Wäre der Prager Frühling geglückt und nicht von russischen Panzern niedergeschlagen worden, wie wäre es dann gekommen? Es erscheint müßig, darüber nachzudenken, was uns vielleicht erspart geblieben wäre, wenn der Aufstand in der ČSSR zum Erfolg geführt hätte. Und doch muss dieser Gedanke erlaubt sein. Nicht um der entgangenen Chance nachzutauern, sondern um sich darüber im Klaren zu werden, welches Leid und welche materiellen wie immateriellen Schäden in den zwanzig Jahren bis 1989 hätten vermieden werden können. Schäden, unter denen wir heute noch leiden – mit denen wir auch noch eine Zeit lang fertig werden müssen. Wenn wir über die Aufarbeitung der DDR-Geschichte, über die deutsche Teilungsgeschichte sprechen, müssen wir uns vor Augen führen: Die Menschen in den fünf jungen Ländern haben sich 1945 nicht bewusst für den sozialistischen Weg entschieden – ihr Schicksal ist von den Alliierten auf der Jalta-Konferenz entschieden worden. Für viele Menschen war die Zwangszugehörigkeit zur SBZ und die deutsche Teilung ein von außen geschaffener Fakt, der sie von der ersten deutschen Diktatur in die zweite zwang. Insofern erlebten sie im Gegensatz zu ihren westdeutschen Landsleuten 1945 nicht als Befreiung zur Freiheit. Der Wunsch nach einer gesamtdeutschen Perspektive hat deshalb in vielen Köpfen und Herzen bis 1989 überlebt. Als eindrucksvoller Beweis dafür stehen die unzähligen neuen, „inoffiziellen“ Grenzübergänge im Eichsfeld, die bereits im Dezember 1989 entstanden. Die Freiheit nach 1989 haben die Menschen selbst erkämpft, sie haben sie nicht von außen erhalten. Ein unbeschreibliches Gefühl des Stolzes, Freude über

die gewonnene Freiheit, über Rechtsstaatlichkeit und Demokratie hat die Zeit unmittelbar nach der friedlichen Revolution bestimmt. Die Aufbruchstimmung war unvorstellbar. Keiner kam auf die Idee, sich die DDR zurückzuwünschen. Heute, neunzehn Jahre nach der Grenzöffnung haben wir enorm viel erreicht: Weder triste Neubausiedlungen, verfallene Innenstädte, kaputte Straßen noch verdreckte, staubige Luft erinnert an die unseligen DDR-Hinterlassenschaften. Leider verlieren immer mehr Menschen die Aufbauleistungen aus dem Blick, wenn es darum geht, was wir noch nicht erreicht haben. Dass es auch Enttäuschungen gibt, die wir sehr ernst nehmen müssen, ist verständlich. Enttäuschung und Frustration über nichtanerkannte Lebensleistungen, die in eine gefährliche Richtung führen: ein verklärtes Bild der DDR, vor allem den Alltag in ihr. Die beschönigende Sicht auf die DDR als „Kuscheldiktatur“ verstellt den Blick dafür, was der SED-Staat wirklich war: ein menschenverachtendes Unrechtsregime, das vor dem Bankrott stand. Dass der Stand des Aufbaus Ost manchen ernüchert, dass einiges vielleicht nicht in dem Tempo vorwärts ging, wie 1989 geglaubt, ist nicht einer schlecht gemachten Marktwirtschaft zuzuschreiben. Es sind die Folgen der katastrophalen wirtschaftlichen Lage, in der sich die DDR befand, die wir bewältigen müssen. Der Schürer-Bericht zur ökonomischen Lage der DDR, der im Herbst 1989 für das Politbüro erstellt wurde, benannt nach dem Vorsitzenden der Staatlichen Planungskommission, Gerhard Schürer, liest sich wie ein Offenbarungseid: Da ist von „unmittelbar bevorstehender Zahlungsunfähigkeit“, „von Tausenden von Wohnungen, die nicht mehr bewohnbar sind“ und von einer Arbeitsproduktivität die Rede, die „um 40 Prozent hinter der BRD zurück[liegt]“. Und weiter heißt es: „Das bestehende System der Leitung und Planung hat sich trotz großer Anstrengungen zentraler und örtlicher Organe nicht bewährt. Allein

ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25 bis 30 Prozent erfordern und die DDR unregierbar machen.“ Diese Fakten müssen wir klar benennen, das muss „Pflichtstoff“ in den Schulen sein. Das gelingt uns leider nur unzureichend, wie eine aktuelle Studie des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin zeigt: Das DDR-Bild junger Menschen – in den jungen und in den alten Ländern – ist geprägt von Unkenntnis und Vorurteil. Die Ergebnisse der Berliner Studie sind erschreckend<sup>18</sup>: Mehr als die Hälfte der Jugendlichen Ostdeutschlands, aber eben auch ein Drittel der Befragten in Westdeutschland sehen in der DDR keine Diktatur. Nur rund 45 Prozent der Ost-Schüler sagten Nein zu der Aussage: „Die Staatssicherheit war ein normaler Geheimdienst, wie ihn jeder Staat hat.“ Im Westen waren es zwischen 56 und 62 Prozent. Ostdeutsche Schüler loben mit breiter Mehrheit die „soziale Seite“ der DDR, nur eine knappe Mehrheit der westdeutschen Schüler sieht sie als „Diktatur“. Und auch der jüngste Thüringen-Monitor aus dem Jahr 2007 macht deutlich: Die DDR-Verklärung ist keine Randerscheinung. Das DDR-System hat zwar für die Thüringer an Anziehungskraft verloren, nur noch sieben Prozent befürworteten eine Rückkehr zur sozialistischen Ordnung. Allerdings sagt knapp die Hälfte der Befragten, die DDR hatte vor allem positive Seiten. Die Berliner Studie hat aber einen wichtigen Zusammenhang bestätigt: Je mehr die Schüler über die DDR wissen, desto kritischer beurteilen sie den SED-Staat. Das bestätigt die Thüringer Schulpolitik: Bei uns ist die kritische Auseinandersetzung mit der DDR fester Bestandteil des Stundenplans. Gleichwohl sind hier nicht nur die Politik und die Lehrkräfte gefragt, sondern auch die Eltern und Großeltern, all jene, die die DDR erlebt haben. Die älteren Generationen müssen den Jüngeren vermitteln, was der SED-Staat bedeutet hat – in den alten und in den jungen Ländern

gleichermaßen. Wir können unsere Zukunft nicht gestalten, wenn wir uns nicht mit der Vergangenheit auseinandergesetzt haben. Eine Verdrängung der DDR-Geschichte birgt den Keim für unrealistische Erwartungen und Unzufriedenheit. Man darf nicht vergessen, wer die DDR in den Bankrott geführt hat und dass die Stasi ihr Unrecht nicht auf eigene Rechnung begangen hat, sondern einen Auftraggeber hatte: die SED. Das sollten alle bedenken, die den utopischen Versprechen der Linken als Nach-Nachfolgepartei der SED Glauben schenken und einer Partei die Lösungen der Probleme im Land zutrauen, die ihnen all das eingebrockt hat, weswegen sie 1989 auf die Straßen gegangen sind. Die DDR-Geschichte sollte noch kein abgeschlossenes Kapitel der Vergangenheit sein, die nur noch als Mahnung in den Geschichtsbüchern steht. Es ist nicht damit getan, sich nur mit den 40 oder 44 Jahren der Diktatur selbst zu befassen, sondern wir müssen uns auch mit den Folgen befassen, die diese Diktatur hatte und immer noch hat. Ich weiß nur zu gut, dass viele die Beschäftigung mit diesen Fragen ablehnen; manche empfinden sie als Zumutung, andere als lästig, wieder andere als anmaßend. Trotzdem dürfen wir uns die Auseinandersetzung damit nicht ersparen. Weil wir sonst Gefahr laufen, jenen in die Hände zu arbeiten, die die DDR als zwar gescheitertes, aber legitimes Experiment betrachten: Strich drunter, Verletzungen von Menschenwürde und Menschenrechten mag es gegeben haben, aber das ist ja nun längst vorbei. Nein, so einfach können wir es uns nicht machen, dürfen wir es uns nicht machen. Rainer Eppelmann hat in einem Interview mit klaren Worten gesagt: „In der DDR gab es privates Glück, aber keine Freiheit.“ An dieser Sichtweise sollte sich die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit orientieren. Es geht darum, im SED-Staat das Unrechtsregime zu sehen, das er war – und gleichzeitig die Lebensleistung des Einzelnen anzuerkennen.

Der Sommer 1968 hat den Menschen im Osten Hoffnung und Ernüchterung gleichermaßen gebracht. Und der alten Bundesrepublik Deutschland? Was ist geblieben von den Studentenrevolten, der Protestbewegung, der APO und den „Roten Zellen“? „Heraus sprangen dabei die Emanzipation der Frau, die Distanzierung zur Nazi-Diktatur und die Entlarvung der Arroganz der Macht“, schreibt der Berliner Abgeordnete Uwe Lehmann-Brauns.<sup>19</sup> Diese Verdienste sind unbestritten. Vieles, was die 68er erreicht haben, ist positiv zu bewerten: die Bürgerbewegungen gehören dazu, ein stärkeres zivilgesellschaftliches Engagement und das ökologische Bewusstsein. Gleichwohl habe ich ein gespaltenes Verhältnis zu 1968. Man muss unterscheiden, zwischen dem, was Menschen und Bewegungen wollen, und dem, was sie machen. Vieles, was die 68er wollten, widerstrebt mir: den tief sitzenden Antiamerikanismus, der Hang zum konformen Kollektiv, die Ideologisierung aller Lebensbereiche, allen voran die skurrile Idee der anti-autoritären Erziehung, die Kindern keine Grenzen setzt. Dabei braucht es Grenzziehungen, um zu wissen, wo man selber steht. Bürgerliche Lebensformen, die Ehe, die Familie, beruflichen Erfolg, Disziplin und Autorität – all das lehnten die 68er zutiefst ab. Ein letztlich zerstörerisches Weltbild, denn wer alles infrage stellt, jede Tradition, die eigenen Wurzeln, der riskiert ein gesellschaftliches Vakuum. Deshalb trifft der Vorwurf, die 68er haben den Verfall der bürgerlichen Werte in der Hauptsache zu verantworten, im Kern zu. Gleichwohl warne ich vor Generalschelte – nicht alle Versäumnisse und Fehlentwicklungen, die uns herausfordern, liegen in den 68ern begründet. Die aktuelle Shell-Jugendstudie zeigt eindrucksvoll, dass traditionelle Werte eine Renaissance erleben. Außerordentliche Leistungsbereitschaft und Engagement kennzeichnen die Einstellung der Jugendlichen in ihrer Mehrheit. Sie räumen der Familie und traditionellen Werten einen hohen Stellen-

wert ein. Fast drei Viertel der Jugendlichen sind der Meinung, dass man eine Familie braucht, um wirklich glücklich leben zu können. Allerdings: Das Interesse an Politik ist nach wie vor gering – Politikverdrossenheit prägt die Grundhaltung der meisten Jugendlichen. Politik ist nicht „in“. Eine gefährliche Einstellung, denn Demokratie lebt vom Engagement. Demokratie war noch nie ein Selbstläufer, weil keiner als Demokrat auf die Welt kommt. Wir müssen noch stärker darauf hinwirken, vor allem junge Menschen für das politische Engagement zu begeistern. Wir brauchen das kritische Potenzial der jungen Generation, um das zu erhalten, was wir 1989 errungen haben: Demokratie und Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsvielfalt.

### *Anmerkungen*

<sup>1</sup> Interview mit Rainer Böhme vom 25.3.2008, Quelle: [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

<sup>2</sup> Siehe Artikel von Manfred Wilke in dieser Publikation.

<sup>3</sup> *Schneider, Wolfgang*: Was wird erst 2018 los sein? In: FAZ vom 10.6.2008.

<sup>4</sup> *Wolle, Stefan*: Der Traum von der friedlichen Revolution. – Berlin: 2008.

<sup>5</sup> Ulbrichts Grundgesetz, Vorwort dazu von Dietrich Müller-Römer. – 3. Auflage – Köln: 1968.

<sup>6</sup> *Herz, Andrea*: Thüringen im Frühling 1968. Hrsg. von der Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. – Erfurt: Juni 2008.

<sup>7</sup> *Schröder, Richard*: Neunzehnhundertachtundsechzig. In: FAZ vom 24.5.2008.

<sup>8</sup> *Veser, Reinhard*: Der Prager Frühling 1968. – 2., überarbeitete Auflage – Erfurt: 2008.

<sup>9</sup> *Kraushaar, Wolfgang*: Das 20. Jahrhundert ist vorüber. Interview in: taz vom 26.7.2008.

<sup>10</sup> *Kowalczyk, Ilko-Sascha*: ‚Wer sich in Gefahr begibt ...‘ In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Jg. 50, 1999.

<sup>11</sup> *Herz, Andrea*: Thüringen im Frühling 1968. Hrsg. von der Lan-

desbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. – Erfurt: Juni 2008.

<sup>12</sup> *Wolle, Stefan*: Der Traum von der friedlichen Revolution. – Berlin: 2008.

<sup>13</sup> *Neubert, Erhart / Auerbach, Thomas*: Es kann anders werden. Opposition und Widerstand in Thüringen 1945–1989. – Köln: 2005.

<sup>14</sup> *Herz, Andrea*: Thüringen im Frühling 1968. Hrsg. von der Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. – Erfurt: Juni 2008.

<sup>15</sup> *Wolle, Stefan*: Die versäumte Revolte. In: APuZ 22–23/2001.

<sup>16</sup> *Kleßmann, Christoph*: Der schwierige Umgang mit der DDR-Geschichte. In: APuZ 30–31/2001.

<sup>17</sup> Angela Merkel in einem Interview mit Evelyn Roll. In: SZ-Magazin vom 29.2.2008.

<sup>18</sup> *Deutz-Schroeder, Monika / Schroeder, Klaus*: Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich. – Stamsried: 2008.

<sup>19</sup> *Lehmann-Brauns, Uwe*: Die verschmähte Nation. Stuttgart; Leipzig: 2005.